

Studien zum Wirtschaftsstrafrecht

herausgegeben von  
Klaus Tiedemann / Bernd Schönemann

Band 20

**Robert Maiazza**

**Das Opportunitätsprinzip  
im Bußgeldverfahren  
unter besonderer Berücksichtigung  
des Kartellrechts**



Centaurus Verlag & Media UG 2003

Der Autor, geb. 1972, studierte Rechtswissenschaft in Bayreuth und Freiburg im Breisgau und promovierte 2002 an der Universität Freiburg. Er ist Richter am Landgericht Berlin.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

**Maiazza, Robert:**

Das Opportunitätsprinzip im Bußgeldverfahren unter besonderer Berücksichtigung des Kartellrechts / Robert Maiazza. - Herbolzheim : Centaurus-Verl., 2003

(Studien zum Wirtschaftsstrafrecht; Bd. 20)

Zugl.: Freiburg (Brs.), Univ., Diss., 2002

ISBN 978-3-8255-0394-9      ISBN 978-3-86226-871-9 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-86226-871-9

**ISSN 0938-9512**

*Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.*

© CENTAURUS Verlags-GmbH & Co. KG, Herbolzheim 2003

Satz: Inga Gottlebe Grafik-Design, Berlin

Umschlaggestaltung: DTP-Studio, Antje Walter, Hinterzarten

*Meinen Eltern*

# Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	XI
Einleitung .....	1
1    Bedeutungsgehalt und Grundlagen des Opportunitätsprinzips.....	8
1.1    Opportunitätsprinzip als schwach gebundener Modus der Entscheidungsfindung.....	11
1.2    Ermessen: Das Wesensmerkmal des Opportunitätsprinzips .....	12
1.2.1    Begriff und Existenz von Ermessen.....	13
1.2.2    Wesen und Funktion der Ermessensentscheidung.....	15
1.2.2.1    Rechtsfolgeermessen als normativ eröffnete Wahlfreiheit zwischen rechtmäßigen Handlungsalternativen .....	15
1.2.2.2    Tatbestandsergänzungsermessen als gesetzlicher Auftrag der Verwaltung zur optimalen Entscheidungsauswahl .....	16
1.2.2.3    Zusammenfassende Darstellung der verwaltungsrechtlichen Ermessensfehlerlehre.....	18
1.3    Tauglichkeit der verwaltungsrechtlichen Ermessenslehre für das Ordnungswidrigkeitenrecht?.....	18
1.4    Opportunitätsprinzip und Beliebigkeit der Entscheidungsbildung .....	20
1.5    Strafrechtlicher Ermessensbegriff des Bußgeldverfahrens .....	23
1.6    Verfassungsrechtliche Grenzen der Ausübung von Ermessen.....	27
1.6.1    Die Restriktion der gleichmäßigen Gesetzesanwendung.....	28
1.6.2    Die Restriktion der verhältnismäßigen Gesetzesanwendung .....	29
1.7    Formen der Ermessenslenkung .....	31
1.7.1    Ermessenslenkung durch Gesetz.....	31
1.7.2    Ermessenslenkung durch Rechtsverordnung .....	32
1.7.3    Ermessenslenkung durch Richtlinien.....	32
1.8    Ermessensreduzierung und subjektives Recht auf bestimmte Ermessensausübung .....	33
2    Rechtsgeschichtliche Darstellung der Genese des Opportunitätsdenkens im Ordnungswidrigkeitenrecht.....	36
2.1    Das Polizeistrafrecht nach Inkrafttreten der StPO bis 1933.....	37
2.2    Das Opportunitätsprinzip im Verwaltungsstrafverfahren während der NS-Zeit .....	41
2.2.1    Ermittlungs- und Verfolgungsprinzipien im Steuerstrafverfahren.....	43
2.2.2    Ermittlungs- und Verfolgungsprinzipien im Preisstrafrecht .....	44
2.2.3    Ermittlungs- und Verfolgungsprinzipien im Devisenstrafrecht .....	46
2.3    Die Regelungen im WiStG von 1949 .....	47
2.4    Die Veränderungen im OWiG von 1952 .....	51
2.5    Die heute geltende Regelung des OWiG von 1968 .....	53
3    Systembedingungen, Defizite und Vorzüge des Opportunitätsprinzips im Vergleich zum Legalitätsprinzip.....	57
3.1    Die allgemeine Bindung der Verfolgungsbehörden an die Rechtsauffassung der Rechtsprechung.....	58
3.2    Das Legalitätsprinzip als verfahrensrechtliche Antwort auf die Anforderungen des materiellen Strafrechts .....	64
3.3    Das Verhältnis von Opportunitätsprinzip und materiellem Ordnungswidrigkeitenrecht.....	67
3.3.1    Das der Untersuchung zugrunde gelegte Verhältnis von Straftat und Ordnungswidrigkeit .....	67

3.3.2	Abgeschwächter Normbefehl bei Ordnungswidrigkeiten? .....	68
3.4	Verfahrensrechtlich geschaffene Defizite durch in das Ermessen gestellte Sanktionsmöglichkeiten .....	69
3.4.1	Verletzung der Unschuldsvermutung .....	70
3.4.2	Mangelnde Gleichbehandlung und Willkür .....	71
3.4.3	Versagung der Justizgewährung im Bußgeldverfahren .....	72
3.4.4	Verletzung des gleichheitswahrenden Bestimmtheitsgrundsatzes? .....	74
3.5	Rechtfertigung und Abschwächung der Defizite im Bußgeldverfahren .....	79
3.5.1	Massendelinquenz und Normgeltung .....	79
3.5.2	Verfahrensökonomie und Effizienz als überwiegende Interessen .....	81
3.5.3	Unterschätzung der normativen Bindung des Ermessens .....	86
3.5.3.1	Existenz intendierten Ermessens .....	87
3.5.3.2	Dienstrechtliche Bindungen als Kompensation schwacher Entscheidungsvorgaben .....	88
3.5.3.3	Strafrechtliche Absicherung pflichtgemäßer Ermessensbildung .....	90
3.5.3.4	Der Begründungszwang, das Anhörungsgebot und die Mitteilungsspflichten als Absicherung gegen ermessenswidrige Entscheidungen .....	93
3.5.3.5	Vorhandensein ermessenslenkender Verwaltungsvorschriften .....	95
3.5.4	Erhöhte Akzeptanz von Opportunitätsentscheidungen durch gesetzlich begünstigte Informalität .....	97
3.5.5	Verständigung im Bußgeldverfahren .....	101
3.5.5.1	Verständigungsinhalt .....	103
3.5.5.2	Rechtliche Wirkung der Verständigung .....	103
3.5.5.3	Folgen gescheiterter Absprachen .....	107
4	Fokussierung der einstellungs- und verfolgungsrelevanten Ermessensfaktoren .....	109
4.1	Ermessensbildung der Verfolgungsbehörden im Modell der allgemeinen Entscheidungslehre .....	109
4.2	Die Ermessenskonzepktion der Rechtsprechung für das Bußgeldverfahren .....	114
4.3	In der Literatur bisher vorgeschlagene Ermessenskonzepktionen .....	115
4.3.1	Bußtatbezogene Ermessenskonzepktion .....	115
4.3.2	Kritik der bußtatbezogenen Ermessenskonzepktion .....	118
4.3.3	Legalitätsbezogene Ermessenskonzepktion: Die analoge Anwendung der Opportunitätsvorschriften der StPO zur Strukturierung des negativen EntschlieÙermessens der Verfolgungsbehörde .....	120
4.3.3.1	§ 153 Abs. 1 StPO: Einstellungsgrund: Geringe Schuld und fehlendes öffentliches Interesse .....	124
4.3.3.1.1	Das Kriterium der geringen Vorwerfbarkeit .....	125
4.3.3.1.2	Das Kriterium des fehlenden öffentlichen Interesses an der Durchführung des Bußgeldverfahrens .....	127
4.3.3.2	§ 153 a StPO: Kompensation des öffentlichen Strafinteresses durch freiwillige Auflagenerfüllung .....	131
4.3.3.3	§§ 153 b StPO, 60 StGB: Einstellung wegen Selbstbestrafung .....	134
4.3.3.4	§§ 153 c-e StPO: Einstellungsgrund: Auslandsbezug und dessen europarechtliche Begrenzung .....	135
4.3.3.5	§§ 154, 154 a StPO, Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK: Konzentrations- und Beschleunigungsgebot im Bußgeldverfahren .....	140

4.3.3.6	§ 154 b StPO: Drohende oder vollzogene Abschiebung als Einstellungsgrund im Bußgeldverfahren.....	142
4.3.3.7	§ 154 c StPO: Ausprägung des Wechselwirkungsverhältnisses zwischen Legalitätsprinzip und Opportunitätsprinzip .....	143
4.3.3.8	§§ 45, 47 JGG: Grundlage eines allgemeinen Diversionsgedankens im Bußgeldverfahren.....	144
4.3.3.9	§§ 154 d, 154 e StPO: Der Ermessensgesichtspunkt der Voreingrifflichkeit des Verfahrens.....	146
4.3.3.10	Kronzeugen- und Selbstanzeigeregulungen als Ermessenskriterien in § 47 Abs. 1 OWiG.....	148
4.3.3.11	Nemo-tenetur-Grundsatz und Ermessen .....	151
4.3.4	Zusammenfassende Würdigung der legalitätsbezogenen unteren Grenzen der Ermessensbildung .....	152
4.3.5	Reine Ermessensfaktorensammlungen.....	153
4.3.6	Kritik der bisherigen Ermessensfaktorensammlungen.....	154
4.4	Eigener Standpunkt: Der vom Bußgeldtatbestand intendierte Rechtsgüterschutz als Entscheidungsgrundlage der Verfolgungsbehörden und maßgeblicher Zweck der Ermessensbetätigung.....	154
4.5	Die durch Tatbestandstypen gesetzten oberen Grenzen der Ermessensausübung .....	155
4.5.1	Das positive Entschließungsermessen der Verfolgungsbehörden.....	161
4.5.1.1	Ermessen und Bestimmtheit.....	161
4.5.1.2	Ermessen und Irrtum des Betroffenen .....	163
4.5.1.3	Ermessen und Vorsatz des Betroffenen .....	165
4.5.1.4	Ermessen und Rechtfertigung des Betroffenen.....	167
4.5.1.5	Ermessen und Schuld des Betroffenen.....	169
4.5.1.6	Ermessen und Täterschaft des Betroffenen.....	170
4.5.1.7	Ermessen und Versuch des Betroffenen .....	173
4.5.1.8	Ermessen und der In-dubio-Grundsatz .....	174
4.5.2	Das Auswahlermessen der Verfolgungsbehörden .....	176
4.5.2.1	Sanktionsbezogene Entscheidungsmöglichkeiten der Verfolgungsbehörden.....	176
4.5.2.1.1	Abmahnung bzw. Verwarnung mit und ohne Verwarnungsgeld.....	177
4.5.2.1.2	Vorteilsabschöpfung .....	177
4.5.2.1.3	Bußgeldbescheid und funktionale Bußgeldhöhe.....	180
4.5.2.1.4	Abgabe der Sache an die Staatsanwaltschaft .....	182
4.5.2.2	Adressatenbezogene Entscheidungsmöglichkeiten der Verfolgungsbehörden.....	185
4.5.2.2.1	Die Bedeutung der §§ 9, 30, 130 OWiG für das Verfolgungsermessen .....	186
4.5.2.2.2	Hierarchieauswahl bei der Ausübung des Verfolgungsermessens.....	188
4.6	Strafwürdigkeit und Strafbedürftigkeit als Bezugspunkt des verfolgungsbehördlichen Ermessens.....	189
4.7	Ermessensbildung nach Einspruch des Betroffenen gegen den Bußgeldbescheid .....	191
4.8	Ermessensbildung der Staatsanwaltschaft im Bußgeldverfahren.....	192
4.9	Ermessensbildung des Gerichts im Bußgeldverfahren .....	193
5	Rechtsvergleichende Aspekte .....	195
5.1	Die Rechtslage in den Vereinigten Staaten von Amerika .....	195
5.2	Die Rechtslage in Österreich.....	203
5.3	Die Rechtslage in der Schweiz.....	207

5.4	Die Rechtslage in Italien .....	209
5.5	Die Rechtslage in Frankreich .....	212
5.6	Zusammenfassende Würdigung der untersuchten ausländischen Rechtsordnungen .....	215
6	Die Exemplifizierung des gewonnenen Entscheidungsmodells anhand schwerwiegender Ordnungswidrigkeiten .....	217
6.1	Die Bedeutung des Begriffs „schwerwiegende Ordnungswidrigkeit“ .....	217
6.1.1	Abgrenzungskriterien und Funktion des Begriffs bei der Entscheidungsprogrammierung der Verfolgungsbehörden .....	219
6.1.2	Abgrenzung über den Bußgeldrahmen .....	220
6.1.3	Abgrenzung über die Verjährungsbestimmungen .....	220
6.1.4	Differenzierung nach möglichen Opferinteressen respektive nach der Deliktsnatur .....	221
6.2	Die in ihrem Unrechtsgehalt den Straftatbeständen graduell vergleichbaren Bußgeldtatbestände als Hauptanwendungsfälle der schwerwiegenden Ordnungswidrigkeiten .....	224
6.2.1	Die Kartelldelikte als Beispiele schwerwiegender Ordnungswidrigkeiten .....	227
6.2.1.1	Richtigkeit der kartellrechtlichen Antipönalisierungstheorie? .....	229
6.2.1.1.1	Strafwürdigkeit gravierender Kartellverstöße? .....	230
6.2.1.1.2	Strafbedürftigkeit gravierender Kartellverstöße .....	239
6.2.1.2	Systemkohärente Steuerung des Verfolgungsermessens .....	243
6.2.1.2.1	Berücksichtigung einer „rule of reason“ bei der Ermessensbildung? .....	245
6.2.1.2.2	Die „sog. Bagatellbekanntmachung“ als Reglementierung des negativen Entschließungsermessens bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten gem. § 81 Abs. 1 Nr. 1 GWB .....	248
6.2.2	Positives Entschließungsermessens bei gravierenden Kartellrechtsverstößen .....	251
6.2.2.1	Faktische Ermessensbildung des BKartA bei Verstößen gegen gesetzliche Verbote gemäß § 81 Abs. 1 Nr. 1 GWB .....	253
6.2.2.1.1	Ermessensbildung bei Zuwiderhandlungen gegen das Kartellverbot und das Verbot bestimmter Vertikalvereinbarungen .....	254
6.2.2.1.2	Ermessensbildung bei Zuwiderhandlungen gegen das Verbot des Mißbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung .....	258
6.2.2.1.3	Ermessensbildung bei der Zuwiderhandlung gegen das Verbot der Boykottaufforderung .....	259
6.2.2.1.4	Ermessensausübung bei Zuwiderhandlungen gegen die Verbote der Diskriminierung und unbilligen Behinderung .....	261
6.2.2.1.5	Exkurs: Die sich aus der Bekanntmachung des BKartA Nr. 68/2000 ergebenden Ermessenskriterien .....	262
6.2.2.2	Ermessensbildung bei Verstößen gegen Auskunfts- und Meldepflichten, § 81 Abs. 1 Nr. 3, 4, 6 b, 7, 8 GWB .....	264
6.2.3	Auswahlermessen der Kartellbehörde .....	265
6.2.3.1	Presseinformation als Reaktion .....	265
6.2.3.2	Funktion des objektiven Beanstandungsverfahrens .....	266
6.2.3.3	Konsensuale Reaktionsmittel .....	267
6.2.4	Ermessensbildung bei der Verfolgung strafbarer Submissionsabsprachen .....	268
7	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Arbeit .....	272
	Literaturverzeichnis .....	277



# Abkürzungsverzeichnis

a.A., A.A.	andere Ansicht
aaO.	am angegebenen Ort
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AD	Antitrust Division
ADM	Antitrust Division Manual
AG	Amtsgericht
AllMBl.	Allgemeines Ministerialblatt der Bayrischen Staatsregierung
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung von 1977
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
Art.	Artikel
AStBV	Anweisung für das Straf- und Bußgeldverfahren (Steuer)
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AuslG	Ausländergesetz
AV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
B/K	Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Bonner Kommentar) Baden-Württemberg
BayObLG	Bayrisches Oberstes Landesgericht
BayStMI	Bayrisches Staatsministerium für Inneres
BayVbl.	Bayrische Verwaltungsblätter
BB	Betriebsberater
Bd.	Band
BFH	Bundesfinanzhof
BG	Bundesgesetz (Schweiz)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHR	BGH-Rechtsprechung, Strafsachen
BGHSt.	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ.	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BHO	Bundshaushaltsordnung
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BKartA	Bundeskartellamt
bol	base offense level

BStP	Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege (Schweiz)
BTDrucks.	Bundestags-Drucksache
BtmG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE.	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE.	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
Cost.	Costituzione
CPP	Code de procédure pénal
D.C.C.	District of Columbia Circuit
d.h.	das heißt
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
DevG	Reichsgesetz über die Devisenbewirtschaftung
DJ	Deutsche Justiz
DJT	Deutscher Juristentag
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EEC	European Economic Community
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung
EGV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGHE	Entscheidungen des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
ff.	fortfolgend
FK GWB	Frankfurter Kommentar zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Fn.	Fußnote
f.	folgend
FS	Festschrift
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
gem.	gemäß
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GewArch.	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GK GWB	Gemeinschaftskommentar zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Der Gerichtssaal
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h.M., H.M.	herrschende Meinung
HandwO	Handwerksordnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HWiSTR	Handwörterbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts
i.d.F.	in der Fassung
i.d.S.	in diesem Sinn, in dem Sinne
i.Erg.	im Ergebnis
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JR	Juristische Rundschau
JStG	Jahressteuergesetz
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KartG	Schweizerisches Kartellgesetz
KG	Kammergericht
KKWiG	Karlsruher Kommentar zum Ordnungswidrigkeitengesetz
KritV	Kritische Vierteljahrszeitschrift für die Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
L/R	Löwe/Rosenberg, Kommentar zur StPO
LBG/B-W	Landesbeamtengesetz Baden-Württemberg
LK	Leipziger Kommentar zum StGB
LOWiG	Landesordnungswidrigkeitengesetz
m.N.	mit Nachweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
M-G	Müller-Gugenberger
Millrd.	Milliarde
MOG	Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisation
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung

OLAF	Europäische Betrugsbekämpfungsorganisation
OLG	Oberlandesgericht
ord.	Ordonnance
öSTGB	Strafgesetzbuch Österreichs
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
RAO	Reichsabgabenordnung
RdF	Reichsministerium der Finanzen
RdErl.	Runderlaß
Ref.	Referat
Rev. int. d. droit pen.	Revue internationale de droit pénale
RG	Reichsgesetz
RGBL	Reichsgesetzblatt
RStBV	Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren Rnd.Randnummer
RobbenG	Gesetz zur Erhaltung der antarktischen Robben
RRH	Rebmann/Roth/Hermann, Kommentar zum OWiG
Rspr.	Rechtsprechung
RsprEinhG	Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes
RStBl.	Reichssteuerblatt
RVO	Reichsversicherungsordnung
RWiG	Reichswirtschaftsgesetz
RZBl.	Reichszollblatt
S. Ct.	Supreme Court Reporter
S.	Seite (in Verbindung mit § = Satz)
SDÜ	Schengener Durchführungsabkommen
SeeHeimTportG	Gesetz betreffend die Verpflichtung der Kauffahrtsschifferei zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute
SGB	Sozialgesetzbuch
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung
SK	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
sog.	sogenannt(e)
S-S	Schönke/Schröder, Kommentar zum Strafgesetzbuch
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
StV	Strafverteidiger
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung
SubvG	Subventionsgesetz
TB	Tätigkeitsberichte
TierSchG	Tierschutzgesetz
u.a.	unter anderem
U.S.	United States Reporter
U.S.C.	United States Code
US	United States
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

Verf.	Verfasser
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VerwStrG	Verwaltungsstrafgesetz Schweiz
VFSlg.	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes, Neue Folge
VGH	Verwaltungsgerichtshof
Vgl., vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
v.	von, vom
Vor.	Vorbemerkung
VRS	Verkehrsrechtssammlung
vs.	versus
VStG	Verwaltungsstrafgesetz Österreichs
VwGH	Verwaltungsgerichtshof Österreichs
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwSlg.	Erkenntnisse und Beschlüsse des Verwaltungsgerichtshofes, Neue Folge
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WiGBL	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
WiKG	Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
WiStG 49	Wirtschaftsstrafgesetz
wistra	Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WZG	Warenzeichengesetz
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zust.	zustimmend
zutr.	zutreffend
zw.	zweifelnd